



## Making China Great Again

Wie der US-Präsident dem Reich der Mitte  
den Weg zur Weltmacht ebnet



Wie der mächtigste Staat des internationalen Systems mit seinem größten Kontrahenten umgeht, ist eine der Fragen, die aktuell viele Beobachter umtreibt. Die Vereinigten Staaten wissen, dass die Volksrepublik China die Macht der USA langfristig herausfordert. Doch blickt man auf die Wahlkampfrhetorik Donald Trumps und vergleicht seine Wirtschafts-, Sicherheits- und Weltordnungspolitik gegenüber China mit der Barack Obamas, scheint der gegenwärtige US-Präsident den Aufstieg Chinas noch befördern zu wollen.

*von Dr. Iris Wurm*

**Im Wahlkampf 2016** nahm Trump kein Blatt vor den Mund und kritisierte China sehr deutlich: »We can't continue to allow China to rape our country, and that's what they're doing«. Die Volksrepublik stehle geistiges Eigentum, manipulierte Währungen, breche sämtliche Handelsregeln und rüste militärisch auf. Generell bemängelte Trump fehlenden chinesischen Respekt vor Amerika, versprach aber das sich dies mit ihm als US-Präsidenten ändern werde: »[The Chinese] are going to respect our country again«. Ein besonderer Dorn im Auge war ihm Chinas Eintritt in die WTO 2001, denn dieser habe zum größten »Jobraub« der amerikanischen Geschichte geführt. Der immense Anstieg von chinesischen Importen in die USA wird von vielen Amerikanern als »China-Schock« bezeichnet. So gingen laut einer aktuellen im Annual Review of Economics veröffentlichten Studie zwischen 1999 und 2011 etwa 2,4 Millionen Arbeitsplätze als direkte Folge steigender chinesischer Importe verloren. Vor diesem Hintergrund kritisierte Trump: »China is ripping us on trade. (...) We're going to have a trade deficit of 505 billion dollars this year with China. I would start taxing goods that come in from China«.

Außenpolitisch bemängelte er besonders Pekings Politik gegenüber Nordkorea im Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel. Er warf China vor, nicht genug Druck auf das Regime in Pjöngjang auszuüben, obwohl China »absolute control over North Korea« habe, denn »without China, North Korea doesn't even eat«. Dass diese Einschätzung langfristig nicht trägt, zeigt ein Blick auf die chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen. Chinas Machtposition gegenüber Pjöngjang ist äußerst begrenzt, und nicht nur zum Leidwesen Trumps, sondern auch Pekings, »isst« Nordkorea sehr wohl ohne China. Als Nordkorea 2006 erstmals sein nukleares Waffenpotential testete, war kein Land von diesem Schritt mehr überrascht als China. Die chinesische Führung zeigte sich äußerst erbost, denn der Test

lief dem chinesischen Kerninteresse an stabilen Beziehungen in der Region zuwider.

Aber nicht nur außenpolitisch lag Trump falsch. Hatte er im Wahlkampf noch angekündigt, China am ersten Amtstag offiziell zum Währungsmanipulator zu erklären, da die Volksrepublik den Wert ihrer Währung künstlich niedrig halte, um Exportunternehmen zu erleichtern ihre Produkte günstig im Ausland zu verkaufen, musste er als Präsident diese Position revidieren. Seine Administration fand in ihren halbjährlichen Berichten zur Währungsmanipulation keine Belege für eine anhaltende Manipulation der chinesischen Währung.

Demgegenüber blieb Trumps Groll gegen das US-Handelsdefizit mit China weiterhin bestehen. Vergleicht man aber seine Wahlkampfaussagen mit der Realität, bietet sich ein anderes Bild: Zwar hatten die USA 2016 das größte Handelsdefizit mit China, jedoch nicht in Höhe von 505 Milliarden US-Dollar, sondern in Höhe von 309 Milliarden US-Dollar.

zöllen für US-Importe und sprach davon, dass die USA einen »Handelskrieg« angezettelt hätten. Das Weiße Haus hat im September 2018 sogar weitere Zölle im Volumen von 200 Milliarden US-Dollar eingeführt. Diesmal waren auch Lebensmittel und Verbrauchsgüter betroffen. Damit hatten Trumps Strafzölle noch deutlichere Auswirkungen auf den US-Binnenmarkt, denn amerikanische Verbraucher mussten nun mit deutlich höheren Preisen für aus China stammende Artikel rechnen. Erst das Zusammentreffen von Trump und Xi beim G20-Gipfel in Argentinien im November 2018 führte zu einer Deeskalation: beide Seiten einigten sich darauf, die gegenseitigen Strafzölle vorerst nicht auszuweiten; stattdessen werde neu verhandelt. Allerdings nur 90 Tage lang, wie Trumps Sprecherin Sarah Sanders erklärte.

Blickt man jedoch auf Trumps allgemeine Wirtschaftspolitik gegenüber China zeigt sich, dass er mit seinen Entscheidungen Chinas wirtschaftliches

## Trump befördert eher Chinas wirtschaftliches Wachstum statt es einzudämmen.

Trump's Lösung, Strafzölle gegen chinesische Produkte einzuführen, wird von Volkswirtschaftlern kritisch gesehen, denn Handelsbilanzdefizite werden zu großen Teilen nicht von Zöllen oder Importquoten verursacht. Vielmehr spielt das Spar- und Investitionsverhalten eines Landes, Wechselkurschwankungen und unterschiedliche Branchenfokussierungen der miteinander handelnden Länder eine entscheidende Rolle.

Gleichwohl entschied Trump im Juli 2018, Zölle in Höhe von 25 Prozent auf chinesische Importe im Volumen von 34 Milliarden US-Dollar zu verhängen. Peking reagierte umgehend mit Vergeltungs-

Wachstum eher befördert, statt es einzudämmen, wie dies sein Vorgänger Obama plante.

Obama hatte eine klare Strategie bezüglich der wirtschaftspolitischen Rolle der USA in Asien. Sein Plan hieß Trans Pacific Partnership (TPP): Ein Freihandelsabkommen zwischen zwölf Staaten auf beiden Seiten des Pazifiks unter Mitwirkung von Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam und den USA. Bis zu 40 Prozent des Welthandels wären mit diesem Abkommen abgedeckt gewesen. Das Ziel Obamas war eine Allianz nahezu aller Pazifikanrainer – jedoch explizit ohne China! Der Ausschluss

## USA & CHINA

Chinas hatte zwei strategische Ziele: Die elf Partnerstaaten noch stärker an die USA zu binden und das Wachstum der chinesischen Wirtschaft zu schwächen. China reagierte mit einem Gegenvorschlag, dem Free Trade Agreement Asia Pacific (FTAAP). Der chinesische Vorschlag würde neben den zwölf TPP Staaten noch weitere acht Nationen integrieren: Russland, Taiwan, Indonesien, die Philippinen, Südkorea, Thailand, Papua Neuguinea und China mit Hong Kong. FTAAP ist zudem als lockerer Handelsverbund konzipiert, der sich weniger in die nationalen Volkswirtschaften einmische.

In absoluten Zahlen wäre FTAAP für alle Beteiligten die bessere Alternative, denn bei FTAAP würden die USA laut Schätzungen bis 2025 Waren im Wert von 626 Milliarden US-Dollar zusätzlich exportieren, China käme sogar auf ein Plus von 1,6 Billionen US-Dollar. TPP ließe im Vergleich dazu für die USA zwar nur ein Exportplus von 191 Milliarden US-Dollar erwarten, würde aber China ein Handelsminus von rund 100 Milliarden bescheren. TPP war somit mehr als ein Handelsabkommen zur Steigerung von Exportzahlen: Es hatte das Ziel, Chinas Wachstum einzudämmen und so den Aufstieg der Volksrepublik zu verlangsamen.

Umso kritischer ist daher Trumps Entscheidung zu sehen, den Ratifizierungsprozess von TPP zu stoppen. Zudem stellt sich Trump mit dem Ausstieg aus TPP deutlich gegen seine republikanische Partei, denn diese galt bis dato als die Freihandelspartei. Noch 2015 hatte die Mehrheit der republikanischen Kongressmitglieder für TPP gestimmt. Diese Zustimmung zeigt, wie wichtig TPP für die Partei war, denn die Republikaner hatten sich fast jeder anderen Form der Kooperation mit der Obama-Administration verweigert. Doch nicht nur innerhalb Trumps Partei hat das Ende von TPP für Unverständnis gesorgt. Vielmehr sandte Amerikas Ausstieg aus dem Freihandelsabkommen eine Schockwelle durch Asien. Besonders die südostasiatischen Partner von TPP hatten das Abkommen als

Wertschätzung verstanden. Trumps Rückzug schadet somit der US-amerikanischen Reputation und Glaubwürdigkeit in der ganzen Region und zeigt den Partnerstaaten die wachsende Unzuverlässigkeit der USA auf.

Die traditionell auf den fünf Kernallianzen mit Japan, Südkorea, Thailand, den Philippinen und Australien beruhende US-Sicherheitsarchitektur in der Region Asien-Pazifik wurde schon unter George W. Bush einer ersten Umstrukturierung unterzogen,

die von Obama noch deutlich ausgeweitet wurde. Ziel der neuen US-Sicherheitsarchitektur für Asien war die Vernetzung der fünf Kernalliierten untereinander, der Aufbau neuer Sicherheitspartnerschaften unter anderem zu Indien, Indonesien, Malaysia und der Mongolei sowie die Initiierung von sicherheitspolitischen Beziehungen zu zentralasiatischen Staaten wie beispielsweise Kasachstan. Dieser Umbau der US-Sicherheitsarchitektur kann als »Grand Strategy« der USA für den gesamten asiatisch-



Foto: Business event with President Xi Jinping von Shealah Craighead / Official White House Photo / Public Domain

Welchen Effekt hat Donalds Trumps Gebaren als knallharter Dealmaker auf das weiterhin aufstrebende China? Schafft er damit die Voraussetzungen, die ihm am Ende gar Applaus in Peking einbringen werden?



Kontrahenten zweier konkurrierender Weltmächte und Systeme oder gibt es eine heimliche Bewunderung für die Person des Anderen?

pazifischen Raum verstanden werden. Mit diesem Schritt wollte Washington nachholen, was frühere US-Regierungen aus einer Mischung von Überschätzung amerikanischer und Unterschätzung chinesischer Stärke versäumt hatten. Unter Obama rückte Asien ins Aufmerksamkeitszentrum der US-Außenpolitik – seitdem ist die Rede vom »Pivot to Asia«. Für die US-Verbündeten in der Region war der »Pivot« zudem ein Versprechen und eine Rückversicherung, dass die USA sie weiterhin unterstützen und verteidigen werden. TPP stellte die ökonomische Komponente dieser sicherheitspolitischen Antwort Obamas auf den Aufstieg Chinas dar. Obama bekam für seine Hinwendung Richtung Osten den Beinamen »first Pacific President«, und der US-Politologe David Shambaugh hält anerkennend fest: »By the time Obama left office (...) the US' position in (...) Asia had never been stronger«.

Auch die neu erlassene National Security Strategy der Trump Administration nimmt den Aufstieg Chinas in den Blick. Hier wird China als »strategic competitor« und »revisionist power« verstanden, deren Ziel darin bestehe, die USA aus der Region zurückzudrängen. Neben der Feststellung des chinesischen Führungsanspruchs in der Region gibt es jedoch keine mit dem »Pivot to Asia« vergleichbare Strategie der Trump-Administration. Vielmehr zeigt eine Reihe von Einzelereignissen Trumps Sprunghaftigkeit gegenüber China.

Beispielsweise nahm er nach seinem Wahlsieg 2016 einen Anruf der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen an – ein offizieller Kontakt auf höchster Ebene, der in dieser Form seit 1979 nicht mehr stattgefunden hat, denn vier Jahrzehnte hat das Weiße Haus offiziellen Kontakt mit Taiwan gemieden, aus Rücksicht auf China. Trump schien die diplomatische Tragweite des Anrufs nicht bewusst: Er könne nicht verstehen, »dass die USA militärische Ausrüstung im Milliardenwert an Taiwan verkaufen, aber ich soll keinen Glückwunschanruf akzeptieren«. Als Peking sich beschwerte, dass Washington

dadurch die »Ein-China- Politik« (die Anerkennung Pekings als einzigem diplomatischen Kontakt) verletzt habe, legte Trump sogar nochmal nach: »Ich verstehe nicht, warum wir an eine 'Ein-China-Politik' gebunden sein müssen, solange wir nicht einen Deal mit China über andere Dinge haben«. Kurz darauf musste er jedoch auf Druck seiner Berater diese Position revidieren. In China wird dies als »Einknicken« Trumps in der Taiwan-Frage gesehen.

Ähnlich sprunghaft ist Trumps Reaktion auf Chinas Expansionspolitik im Südchinesischen Meer. Im Wahlkampf warf Trump China vor, eine »Festung« auf umstrittenen Inseln zu bauen. Der damalige US-Außenminister Tillerson wurde gegenüber Peking noch deutlicher: »We're going to have to send China a clear signal that, (...) the island-building stops«. Jedoch hat Trump diese harte Linie gegenüber China wieder verlassen; vielmehr haben Chinas südostasiatische Konfliktgegner im Südchinesischen Meer den Eindruck, Trump stehe eher auf Seiten Chinas. Diese pro-chinesische Haltung Trumps machen einige Beobachter an der Faszination Trumps für Xi Jinping fest, den er 2017 dreimal getroffen hat. Auf Trumps Asienreise im November 2017 ergab sich der Eindruck, der US-Präsident bewundere den chinesischen Staatschef, denn Trump lobte Xis Autoritarismus, seinen Führungsstil und seine Durchsetzungskraft. Xi hingegen blieb gegenüber Trump sehr sachlich und ließ nicht zu solchen Lobreden hinreißen.

Auf selbiger Reise wurde aber auch den fünf regionalen Kernverbündeten der USA klar, dass Trump nicht an der Festigung der Bündnisse interessiert ist. Dies hat die Konsequenz, dass sich die Verbündeten gezwungen sehen, sich immer mehr gegenüber China zu öffnen. Japans Staatschef Shinzo Abe beispielsweise dürfte die Bewunderung Trumps für Xi kaum gefallen. Zugleich versucht Abe aber auch, die Beziehungen Japans zu China zu verbessern. Eine öffentliche Liebeserklärung des philippinischen Präsidenten Duterte für Xi konnte

auch Trumps Philippinenbesuch 2017 nicht verhindern, auch wenn Präsident Duterte für den US-Präsidenten ein philippinisches Liebeslied sang und Trump dessen harten Führungsstil bewunderte. So äußert sich Duterte sehr offen pro-chinesisch: »I need China [and] I simply love Xi Jinping. He understood, he understands my problem and is willing to

Xiaoping geprägt Konzept, wonach China auf internationaler Bühne zurückhaltend agieren und sich auf die Entwicklungen im eigenen Land konzentrieren sollte, scheint der Vergangenheit anzugehören.

Ein weiterer Indikator für diesen Plan ist das »One Belt – One Road (OBOR)-Projekt« (Neue Seidenstraße). OBOR ist ein Entwicklungsplan für ganz

## China macht aus seinem Führungsanspruch in der Region keinen Hehl.

help«. Auch dem südkoreanischen Staatschef Moon haben Trumps eskalierende Rhetorik im Nuklearkonflikt und seine spontanen Alleingänge gezeigt, dass die bilaterale Allianz brüchig wird.

Trumps strategielose Alleingänge, sein pro-chinesisches Einschwenken bei regionalen Konflikten und seine Bewunderung für Xi lassen die Kernverbündeten ratlos zurück. Wie schon in der Wirtschaftspolitik verspielt Trump auch in der Sicherheitspolitik den Führungsanspruch und die Reputation der USA in der Region.

Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2017 hielt Xi eine bemerkenswerte Rede. Darin bekräftigte er den Führungsanspruch Chinas in Asien. 26 Mal sprach er von China als »strong country« oder »great country«. Seine Pläne für diesen Aufstieg sind sehr konkret: Von 2020 bis 2035 solle China eine vollständig moderne Wirtschaft aufbauen und bis 2035 sollen die Streitkräfte auf dem neuesten Stand der Technik sein. Dabei machte Xi klar, dass die chinesischen Streitkräfte zum Kämpfen da seien. Insgesamt solle China bis 2050 eine globale Führungsnation werden. Diese Äußerung ist so erstaunlich, da Zurückhaltung zu außen- und weltordnungspolitischen Themen ein jahrzehntelanges Credo Chinas war. Das von Deng

Asien, der aber weit darüber hinaus bis nach Europa und Afrika reicht. Mit Hilfe von zwei Routen – einem Landweg durch Zentralasien und einem Seeweg durch den indischen Ozean – möchte China wirtschaftliche Partnerschaften schließen. Dieses Megaprojekt ist Peking insgesamt rund 4 Billionen US-Dollar wert.

Xi macht aus dem chinesischen Führungsanspruch in der Region keinen Hehl, und Washington sollte an Xis Absichten, diesen auch durchzusetzen, keinen Zweifel haben. Obama erkannte den Handlungsbedarf der USA und wollte mit dem »Pivot« die amerikanische Vormachtstellung in der Region festigen, um damit den chinesischen Führungsanspruch zu kontern. Trump hingegen gelingt dies nicht. Mit »America First«, der isolationistischen Fokussierung auf das amerikanische Kernland und seinen Alleingängen, die seine Verbündeten häufig verprellen, betreibt er eher eine Weltunordnungs- politik und schwächt die Position der USA in der Region und im internationalen System.

Auch wenn Trump handelspolitisch aktuell auf Eskalation mit China setzt, so hat er in der Wirtschaftspolitik mit dem Ende von TPP die Option verspielt, Amerikas Partner in Asien ökonomisch noch fester an die USA zu binden. Sicherheitspoli-

tisch erkennt Trump eindeutig die wachsende Macht Chinas. Statt diese einzudämmen, wie es Obama mit dem »Pivot« versuchte, bewundert Trump Xis Durchsetzungskraft. Die US-Verbündeten sehen sich daher zusehends gezwungen, sich gegenüber China nicht nur wirtschaftlich sondern auch sicherheitspolitisch zu öffnen.

Die aktuelle Lage im Pazifikraum lässt derzeit nur einen Schluss zu: Durch Trumps strategie- und ziellose Wirtschafts- und Sicherheitspolitik beginnt die US-Sicherheitsarchitektur im Pazifik zu erodieren. Vielmehr noch: Der US-Präsident befördert durch seine persönliche Bewunderung für Xi den Aufstieg Chinas zur führenden Macht in der Region!

Dr. Iris Wurm ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Weltordnungsfragen an der Goethe Universität in Frankfurt am Main. Sie forscht zu US-Außenpolitik und Machtübergängen im internationalen System.

### Quellen und Links:

Knittel, Siegfried 2018: Chinas Aufstieg, Amerikas Rückzug, Japans Ängste, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 1/2018, S. 13-16.

Paul, Michael 2017: Trump und der »Asia Pivot«, Wird die Schwerpunktverlagerung nach Asien fortgesetzt?, *SWP-Aktuell* 20/2017, Berlin.

Shambaugh, David 2018: U.S.-China Rivalry in Southeast Asia, *Power Shift or Competitive Coexistence*, in: *International Security*, 42:4, S. 85-127.

Sparding, Peter 2018: America First. Donald Trump und die Neujustierung der US-Handelspolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung

Sutter, Robert 2018: The United States and Asia in 2017, *The Impact of the Trump Administration*, in: *Asian Survey*, Vol. 58, Number 1, S. 10-20.

**ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik**

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der ADLAS ist zu beziehen über [www.adlas-magazin.de](http://www.adlas-magazin.de).

**Herausgeber:** Stefan Dölling  
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen  
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

**Redaktion:** Laura Brehme (lbr), Stefan Dölling (doe) (V.i.S.d.P.), Jan Fuhrmann (fuh), Björn Hawlitschka (haw), Philipp Janssen (jap), Stefan Mehrens (stm), Leonie Munk (lm), Sebastian Nieke (sn), Mirjan Schulz (msc), Liviane Smukalla (smk), Moritz Rudolph (rud)

**Layout & Bildunterschriften:** Björn Hawlitschka

**Autorin:** Dr. Iris Wurm

**Danke:**

**Copyright:** © ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder.

**DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN**

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen.

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter [www.sicherheitspolitik.de](http://www.sicherheitspolitik.de).

...



Foto: Vladimir Putin / Kremlin.ru / Public Domain

**AUSGABE 1/2019**

# Update erforderlich

## *Demokratie & Sicherheit*